

so!

Fokus:

Moderne Sklaverei

Ihr Legat macht den Unterschied! **solidar.ch**

Warum, erfahren Sie auf Seite 15.

Titelbild

Ein Arbeiter transportiert gebrannte Ziegel aus einer Fabrik
in Kambodscha. Foto: Saobora Narin, Fairpicture



Liebe Leserinnen und Leser

Die unbestritten schlimmste Form von moderner Sklaverei ist und bleibt Kinderarbeit. In vielen unserer Partnerländer leistet mehr als jedes fünfte Kind Arbeiten, die als schädlich für seine Gesundheit und Entwicklung gelten.

Die Kinderarbeit musste auch in der damals armen Schweiz erst verboten werden. Den Schutz von Kindern verdanken wir Gewerkschaften, Vereinen, Kirchen und Bildungsinstitutionen – gegen den Widerstand wirtschaftsliberaler Kräfte.

Noch dieses Jahr widmet sich eine Ausstellung im Zürcher Landesmuseum Kinderarbeit in Zündholz-Fabriken in Frutigen. Weil mit giftigen Chemikalien hantiert wurde – namentlich mit gelbem Phosphor –, war die Kinderarbeit hier besonders schlimm.

Bei uns Geschichte – in Guatemala nach wie vor traurige Realität! Bei meinem letzten Besuch in Solidar-Projekten schockierte mich, wie viele Kinder zu Hause mit Phosphor und Schwarzpulver hantieren und diese Arbeit oft mit schweren Verletzungen oder gar dem Tod bezahlen. Wie Schweizer Kinder vor 150 Jahren, stellen sie Feuerwerk her.

Hier können wir nicht wegschauen! Zusammen mit lokalen Partnerorganisationen engagieren wir uns gegen die Ausbeutung von Kindern. Dabei zählen wir weiterhin auf Sie, liebe Leser*innen!

Felix Gnehm
Geschäftsleiter Solidar Suisse

Inhalt



Fokus

Moderne Sklaverei

Sklaverei ist eine globale Realität und in Asien besonders weit verbreitet: Millionen Menschen leiden unter Gewalt und Diskriminierung. Speziell von Zwangsarbeit und Zwangsehen betroffen sind Frauen, Migrant*innen und Kinder. Historische Ungleichheiten und die Globalisierung verschärfen die Ausbeutung, deren Produkte wir täglich konsumieren. Eine neue, zunehmend grassierende Form ist Cyberbetrug.

Seite 6

In Kürze	4
Fokus	6
Interview	14
Aktuell	15
Behind Solidar	16
Kolumne	17
Rückblick	18
Letzte Seite	19



Myanmar

Erdbeben in Myanmar

Am 28. März hat das stärkste Erdbeben seit Jahrzehnten Myanmar getroffen und katastrophale Zerstörungen im Zentrum des Landes hinterlassen. Bis Redaktionsschluss war die Zahl der Todesopfer auf über 3500 angestiegen. Tausende wurden verletzt, Zehntausende Familien hatten kein Dach mehr über dem Kopf, kein sauberes Trinkwasser, kein Essen, keine medizinische Versorgung.

Solidar hat mit einer Partnerorganisation in den Gebieten Mandalay und Sagaing, die am stärksten vom Beben betroffen waren, sofort humanitäre Unterstützung geleistet.

Unsere Solidarität mit den Menschen in Myanmar braucht es mehr denn je: Wegen der massiven Kürzungen staatlicher Entwicklungsgelder durch zahlreiche Länder des Nordens – insbesondere die USA, aber auch die Schweiz – fehlen derzeit dringend benötigte Mittel für die humanitäre Unterstützung nach dem Erdbeben.

Bitte spenden Sie jetzt, damit wir die betroffenen Menschen mit Lebensmitteln, Trinkwasser, Hygieneartikeln und Notunterkünften versorgen können. Herzlichen Dank!



Spenden für die Betroffenen:
www.solidar.ch/myanmar

Podiumsdiskussion

Brennender Regenwald – eine ignorierte Katastrophe

An der Solidar-Generalversammlung werden uns die Brände im Amazonas-Gebiet beschäftigen, die 2024 in Bolivien eskalierten: Das halbe Land lag monatelang unter einer giftigen Rauchdecke, während etwa 9,8 Millionen Hektar Land abbrannte, eine Fläche 2,4-mal so gross wie die gesamte Schweiz. Das lokale Team von Solidar Suisse organisierte Soforthilfe und unterstützte die Menschen in den Projektgebieten dabei, ihre Lebensgrundlage zu schützen. Eindrückliche Bilder zeigen das Ausmass der Katastrophe. Zynischerweise waren dieselben Gebiete diesen Frühling von den schlimmsten Überschwemmungen seit 40 Jahren betroffen und standen unter Wasser. Wir diskutieren mit Joachim Merz, unserem Programmleiter Bolivien, und Benjamin Gross, Leiter Marketing & Kommunikation, wie Solidar Suisse auf solche katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise reagiert.

Mittwoch, 21. Mai 2025, 18 Uhr
Volkshaus Zürich





Bosnien und Herzegowina

Erste Gewerkschafts- präsidentin

Zekira Nadžak wurde am 21. Dezember 2024 als erste Frau zur Präsidentin der Textilgewerkschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina gewählt. Sie trat gegen den amtierenden Präsidenten Zlatibor Kojić an und erzielte das glänzende Resultat von 75 Prozent der Stimmen. Zuvor hatte Nadžak die Labor Rights Academy absolviert, die Solidar Suisse Ende 2023 lancierte, um die Gewerkschaften zu stärken. Denn in bosnischen Textilfabriken werden die Arbeiter*innen häufig ausgebeutet, und ihr Einkommen ist weit von einem existenzsichernden Lohn entfernt. «Die Akademie hat mir die Augen geöffnet», sagt die engagierte Gewerkschafterin. «Die Zeit des stillen Erduldens ist vorbei! Der derzeitige Arbeitskräftemangel bietet uns die einmalige Gelegenheit, die Spielregeln zu ändern.»

Solidar empfiehlt

Armutszeugnis

Ein Hör Tipp von Christian von Allmen

Warum haben wenige so viel und viele so wenig? Treffen meritokratische, allgegenwärtig gepredigte Leitsätze wie «Ohne Fleiss kein Preis» tatsächlich zu? Und sind die Reichen im Endeffekt wirklich smarter? Reichtum und Armut haben eines gemeinsam: Sie sind beide gleichermassen von Mythen umrankt. In den letzten Jahrzehnten ist die soziale Schere weiter auseinandergegangen: Zurzeit besitzen acht Männer so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Eva Völpel und Sabine Nuss diskutieren im Podcast «Armutszeugnis» der Rosa-Luxemburg-Stiftung einmal im Monat mit Expert*innen der Ungleichverteilung über unsere Wirtschaftsweise und präsentieren Ergebnisse von Studien, die einem die Augen öffnen. Besonders empfehle ich ihre zweite Folge, die sich mit Klassenfragen und Aufstiegs-märchen auseinandersetzt.



Hier gehts zum Podcast:
www.rosalux.de/armutszeugnis

Kommentar

Die Welt in Schieflage

Nun trifft es auch Solidar Suisse direkt: Ein Programm, das 36'000 Arbeiterinnen und Arbeiter in den prekärsten Wirtschaftszweigen Asiens unterstützte – entwickelt in enger Zusammenarbeit mit den US-Behörden –, wird von eben-diesen über Nacht zerschlagen.

Die US-Schergen zwingen nun also auch Solidar Suisse dazu, die Zusammenarbeit mit Zehntausenden Frauen und Männern in asiatischen Ausbeuterbetrieben zu beenden. Besonders gravierend ist das abrupte Ende vielversprechender Initiativen in der Gig Economy. Solidar Suisse hatte wirksame Massnahmen entwickelt, um Arbeiterinnen und Arbeiter zu schützen, die durch Apps und Algorithmen ausgebeutet werden. Die USA haben nicht einmal bereits 2024 bewilligte Gelder ausgezahlt. Sollte die versprochene halbe Million Franken ausbleiben, könnte Solidar Suisse selbst in finanzielle Schieflage geraten. Während in den USA Entwicklungsprojekte aus ideologischen Gründen geopfert werden, zieht die Schweiz nach – aus ähnlichen Beweggründen, soll doch das Geld der internationalen Zusammenarbeit neu für Aufrüstung eingesetzt werden. Die Konsequenz: Solidar Suisse muss noch in diesem Jahr fünf Projekte einstellen. Tausende Menschen verlieren den Zugang zu überlebenswichtiger Unterstützung. Diese Kürzungen sind nicht abstrakt – sie kosten Menschenleben.

Work, 20.3.25, Kommentar von Solidar-Geschäftsleiter
Felix Gnehm

49,6
Millionen

Menschen leben weltweit
in moderner Sklaverei



Geschlossene Onlinebetrug-Fabrik in Bamban, nördlich der philippinischen Hauptstadt Manila.

Fokus

Moderne Sklaverei

Millionen Menschen sind in Zwangsarbeit oder Zwangsehen gefangen – speziell gefährdet sind Frauen, Migrant*innen und Kinder. Die heutige Sklaverei basiert auf historischen Ungleichheiten und Diskriminierungen und kommt weltweit vor. Am meisten Zwangsarbeiter*innen leben jedoch in Asien – von den jeweiligen Regierungen gerne ignoriert. Auch viele unserer Konsumgüter werden unter sklavenähnlichen Bedingungen hergestellt. Solidar Suisse setzt sich gegen Ausbeutung und für die Rechte der Betroffenen ein.

Erfahren Sie hier, wie Solidar sich gegen die moderne Sklaverei engagiert.

- 8 Sklaverei in neuem Gewand**
- 10 Kinderarbeit zerstört Perspektiven**
- 11 Rassismus begünstigt Ausbeutung**
- 12 Cyberscamming: keine Anerkennung für die Opfer**
- 13 Moderne Sklaverei in Ziegelfabriken**

Sklaverei in neuem Gewand

Moderne Sklaverei ist weitverbreitet. Sie gründet auf historischen Unterdrückungsstrukturen, von denen der Globale Norden bis heute profitiert.

Text: Indira Gartenberg, Verantwortliche Asienprogramm für faire Arbeit



Von unserer Kleidung bis zu unseren Autos, von unserem Essen bis zu unseren technischen Geräten – moderne Sklaverei ist in nahezu allen Lebensbereichen der wohlhabenden Industrieländer präsent. Die Gewinne multinationaler Unternehmen und unser eigener Konsumkomfort beruhen oft auf der Arbeit von Menschen, die unter Zwang, Drohungen, Gewalt, Täuschung oder Machtmissbrauch leiden – häufig ist es eine Kombination von allem.

Laut aktuellen Schätzungen leben weltweit 49,6 Millionen Menschen in moderner Sklaverei, 29 Millionen davon allein in der Asien-Pazifik-Region.

Ein folgenschweres Kontinuum

In Asien existieren vielfältige Formen der Sklaverei – sowohl in ländlichen als auch in urbanen Räumen. Neu hinzugekommen sind digitale Varianten wie die Online-Betrugsindustrie.

Während traditionelle Formen der Sklaverei entlang von Religion, Kaste, ethnischer Zugehörigkeit, Klasse und Geschlecht fortbestehen, verschärfen der Rohstoff-Raubbau und die globalisierte Wirtschaft die soziale Ungleichheit weiter. Historische und moderne Sklaverei sind eng miteinander verwoben: Neue Ausbeutungsformen basieren auf einer tief verwurzelten Marginalisierung, die bis heute nachwirkt. So zeigen auch Untersuchungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einen klaren Zusammenhang zwischen Zwangsarbeit und traditionellen Diskriminierungsformen in asiatischen Ländern.

Frauen und Migrant*innen besonders betroffen

Konflikte, politische Instabilität, klimabedingte Krisen und die rasante Veränderung der Arbeitswelt zwingen vor allem arme Menschen zur Flucht oder Migration. Viele geraten in

Schulden oder bleiben in verhängnisvollen Abhängigkeiten gefangen. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass in grossen Teilen Asiens ausbeuterische Arbeitsverhältnisse weiter zunehmen. Geschlechterungleichheit verschärft die Situation zusätzlich – etwa durch Frauenhandel, Zwangsheirat oder ungleiche Löhne. Denn moderne Sklaverei heisst nicht nur Zwangsarbeit: 22 der 49,6 Millionen Menschen sind in Zwangsheirat gefangen – also mehr als 44 Prozent. Und davon sind wiederum zwei Drittel Frauen.

In Bangladesch ist Zwangsarbeit in Branchen wie Fischverarbeitung, Schiffsabwrackung, Aluminiumproduktion, Teeanbau sowie Textilherstellung dokumentiert. Eine Studie aus dem Jahr 2022 zeigt, dass die Arbeitsverhältnisse von 86 Prozent der Beschäftigten in der informellen Bekleidungsindustrie – die kaum staatlich kontrolliert wird – Kriterien moderner Sklaverei erfüllen. Besonders betroffen: Frauen und Binnenmigrant*innen. Kinder wiederum werden im Drogenhandel ausgebeutet, zum Betteln gezwungen oder müssen in Ziegelfabriken, Privathaushalten und der Trockenfischverarbeitung schuften. In Burkina Faso arbeiten viele Kinder auf Baumwollfeldern oder in Goldminen (siehe Seite 10).

Ausweglose Abhängigkeit durch Schulden

Kambodscha verzeichnet weltweit die höchste Pro-Kopf-Veranschuldung. Die Gesamtschulden der nur 17 Millionen Einwohner*innen übersteigen fünf Milliarden US-Dollar. Da viele Menschen ihre Kredite bei kommerziellen Mikrofinanzinstituten nicht zurückzahlen können, verlieren sie Land und Obdach. In der Folge landen sie etwa als Arbeiter*innen in Ziegelbrennereien – unter gefährlichen Bedingungen und in dauerhafter Schuldknechtschaft (siehe Seite 13).

In Indien, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, sind laut Global Slavery Index am meisten Menschen von moderner Sklaverei betroffen: rund elf Millionen – in der Landwirtschaft, Ziegelproduktion, im Bergbau und in anderen Sektoren. Die Mehrheit von ihnen stammt aus historisch marginalisierten Kasten.

Und es wächst ein brutaler Trend in Südostasien – besonders in Kambodscha, Laos, Myanmar und auf den Philippinen: Cyber-Sklaverei. In sogenannten Scamfabriken werden Menschen festgehalten, misshandelt und gezwungen, andere online zu betrügen. Die kriminellen Netzwerke erwirtschaften Milliardenumsätze (siehe Seite 12).

Regierungen profitieren von Ausbeutung

Viele Regierungen ignorieren das Problem moderner Sklaverei in ihren Ländern – oft gezielt. Dass sie gleichzeitig den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum einschränken, um Protest und Gegenwehr zu verhindern, verschärft die Situation weiter. Länder mit einem hohen Anteil an undokumentierten Arbeitsmigrant*innen profitieren häufig bewusst von deren prekärem Status – etwa im Nahen Osten, wo Migrantinnen aus den Philippinen oder Indonesien als Hausangestellte arbeiten, oder auf den Palmölplantagen in Sabah, Malaysia. Hier sind 90 Prozent der Arbeitskräfte indonesische Migrant*innen. Ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sind sie der Ausbeutung durch die Plantagenbetreiber*innen schutzlos ausgeliefert.

Widerstand und Engagement

Solidar Suisse setzt sich auch in Südafrika für faire Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechte ein (siehe Seite 11). Gemeinsam mit Partnerorganisationen unterstützen wir Millionen informelle und migrierte Arbeiter*innen, Frauen, marginalisierte Gruppen und Menschen mit Behinderungen auf ihrem Weg zu Würde und Gleichstellung.

In Kambodscha etwa kämpfen wir mit der Gewerkschaft BWTUC gegen Schuldknechtschaft in der Ziegelindustrie und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. BWTUC klärt Arbeiterinnen über ihre Rechte auf und fordert sozialen Schutz (siehe Seite 13). Die Partnerorganisation Cambodia Women's Crisis Center (CWCC) engagiert sich in der Grenzregion zu Thailand gegen Menschenhandel, fördert sichere Migration und unterstützt Rückkehrerinnen.

In Sabah, Malaysia, bauen wir Netzwerke auf, durch die Wanderarbeiter*innen auf Palmölplantagen ihre Rechte einfordern können.

Zudem schaffen wir durch ein regionales Netzwerk in sechs asiatischen Ländern eine Plattform für informell Beschäftigte in verschiedensten Branchen, wo sie ihre Erfahrungen austauschen können. Denn nur durch den Aufbau von Gewerkschaften und Kollektiven können Arbeitnehmende ihre Rechte wirksam einfordern. Das ist die einzig nachhaltige Antwort auf moderne Sklaverei – in Asien und weltweit. ●

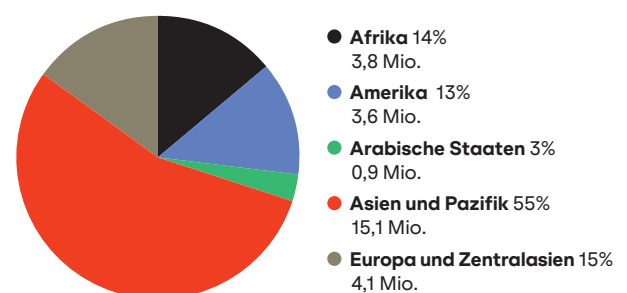
Moderne Sklaverei

(in Mio., gerundet)

	Zwangsarbeit	Zwangsheirat	Moderne Sklaverei
Weltweit	27,6	22,0	49,6
Männer	15,8	7,0	22,9
Frauen	11,8	15,0	26,7
Erwachsene	24,3	13,0	37,3
Kinder	3,3	9,0	12,3

Quelle: Internationale Arbeitsorganisation ILO

Regionale Verteilung der Zwangsarbeit



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation ILO



Kinder arbeiten in einer Trockenfischfabrik in Cox's Bazar, Bangladesch.

Kinderarbeit zerstört Perspektiven

Weltweit arbeiten Kinder, um das Überleben ihrer Familie zu sichern. Auf Kosten ihrer Bildung und Gesundheit.

Text: Serafina Häfeli, Programm-Mitarbeiterin Burkina Faso, und Talha Paksoy, Programmleiter Bangladesch und Pakistan

In Bangladesch arbeiten Kinder viele Stunden in der prallen Sonne, einige sind erst acht Jahre alt. In den Abwrackwerften von Chittagong sind Kinder gezwungen, gefährliche Arbeiten zu verrichten, während ihre Väter riesige Schiffe zerlegen. In Cox's Bazar entgräten und trocknen Kinder mit vom Salz wunden Händen Fisch neben ihren Müttern, die in der unerbittlichen Hitze Kleinkinder auf dem Rücken tragen.

Auch in Burkina Faso ist Kinderarbeit weitverbreitet: Gemäss einer nationalen Studie des burkinischen Amtes für Statistik von 2022 arbeiten rund 40 Prozent der Kinder, ein Drittel unter gefährlichen Bedingungen, die für Kin-

der verboten sind. Sie arbeiten als Hausangestellte, auf Baumwollfeldern, in Goldminen oder auf der Strasse.

Klimawandel fördert Kinderarbeit

Trotz des Wirtschaftswachstums bleibt die Ungleichheit in Bangladesch hoch, und der Zusammenbruch der Textilindustrie während der Covid-Pandemie zwang Tausende weitere Kinder zu oft gefährlicher Arbeit. Die Zunahme hat aber auch mit dem Klimawandel zu tun: Der steigende Meeresspiegel bedroht die Küstengemeinden, und Tausende werden durch extreme Wetterereignisse vertrieben. Kinder, die vorher zur Schule gingen, durchsuchen jetzt den

Müll, nähen Kleider oder arbeiten in der Fischverarbeitung und in der Schiffsabwrack-Industrie.

Solidar setzt sich mit Unterstützung der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA in diversen Ländern für arbeitende Kinder ein. In Burkina Faso schützen wir Kinder, die gefährliche Arbeiten auf Baumwollfeldern verrichten. Unsere Partner*innen sensibilisieren die Eltern dafür, wie gefährlich es für Kinder ist, mit giftigen Chemikalien zu hantieren. Und sie werden geschult, als Alternative

**In Burkina Faso
arbeiten
40 Prozent aller
Kinder.**

zu Chemikalien organischen Kompost oder Dünger herzustellen. «Früher haben meine Kinder ausser dem Versprühen von Pestiziden alle Arbeiten auf dem Feld erledigt. Ich dachte, nur das sei gefährlich», erzählt Baumwollbauer Alassane Diallo. «Nun habe ich gelernt, welche Arbeiten schlecht für Kinder sind, und verschone sie davor.»

Den Teufelskreis durchbrechen

Eine Möglichkeit, die Kinder vor gefährlichen Formen von Kinderarbeit zu schützen, ist, ihnen eine Perspektive zu bieten. Deshalb engagiert sich Solidar Suisse für ihre Reintegration in die Schule. Wir setzen uns in Bangladesch dafür ein, dass Kinder Fabrikhallen und Fischverarbeitungsanlagen gegen Klassenzimmer eintauschen können. Intensive Lernangebote helfen arbeitenden Kindern, den Anschluss an eine reguläre Schule zu finden und ihr Selbstvertrauen wiederherzustellen. Ausserdem schaffen wir alternative Einkommensmöglichkeiten für Kinder wie Erwachsene mit Ausbildungen z.B. als Schneider*in oder Handyreparateur*in. Dank der Einführung von Küchengärten können die Eltern den Bedarf der Familie an Gemüse und Kräutern befriedigen, mit ihrem Einkommen andere Kosten abdecken und die Kinder von gefährlicher Arbeit fernhalten.

In Burkina Faso können ältere Kinder und Jugendliche eine Berufsausbildung absolvieren und erhalten Starthilfe, um ein eigenes kleines Unternehmen aufzubauen statt in Goldminen oder auf Baumwollfeldern arbeiten zu müssen.

Schrumpfende Mittel bedrohen Erfolge

Den steigenden Herausforderungen steht jedoch die Kürzung der Mittel für die internationale Zusammenarbeit gegenüber, auch in der Schweiz, die sich im Januar aus Bangladesch zurückgezogen hat.

Für echte Fortschritte ist ein umfassender Ansatz unerlässlich: Regierungen müssen Gesetze gegen Kinderarbeit durchsetzen, Unternehmen ethische Praktiken einführen, und die Weltgemeinschaft muss in langfristige Lösungen investieren, die sowohl wirtschaftliche Not bekämpfen als auch die Anpassung an Klimaveränderungen ermöglichen. Wenn wir hingegen nicht handeln, werden mehr Kinder gezwungen sein zu arbeiten, anstatt zu lernen und sich eine bessere Zukunft aufzubauen. ●



Beitrag von «10 vor 10» zur Kinderarbeit in Bangladesch

Ihre Spende wirkt!

75
Franken

Damit kann eine Bilderbox hergestellt werden, um ein Dorf von Baumwollbauer*innen über die Gefahren von Chemikalien für Kinder zu sensibilisieren.

100
Franken

Damit erhalten zum Beispiel 30 Schulkinder in Bangladesch täglich drei Mahlzeiten.

150
Franken

Damit erhält ein*e Produzent*in Material zur Herstellung von biologischem Kompost oder Pflanzenschutzmitteln.

solidar.ch/mit Helfen



Rassismus begünstigt Ausbeutung

In Südafrika werden Migrant*innen unter sklavenähnlichen Bedingungen ausgebeutet. Die Solidar-Partnerin CWAO ist eine der wenigen Organisationen, die sie unterstützt.

Text: Nandi Vanqa-Mgijima, Casual Workers Advice Office (CWAO)

«Ich komme aus Moçambique und arbeite seit dreieinhalb Jahren hier als Fahrer. Meine Arbeitsbedingungen sind schlecht: lange Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, fehlende Schutzkleidung, marode Lieferwagen», erzählt Mauricio Siteo, ein 25-jähriger Arbeiter auf einer Gemüse- und Blumenfarm westlich von Johannesburg. «Ausserdem erhalten wir keine Lohnabrechnung, sind nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert, und unser Stundenlohn liegt mit 18 Rand (85 Rappen) weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 28 Rand.»

Nur das Trinkgeld als Lohn

Damit steht Mauricio Siteo nicht allein. Auch die Gesundheit von Arbeitsmigrant*innen, die auf Parkplätzen und vor Einkaufszentren arbeiten, ist durch die stundenlange Tätigkeit bei Sonne, Wind und Regen gefährdet. Viele haben keine feste Unterkunft; um sich auszuruhen, können sie sich oft nur unter Bäume oder auf Trottoirs setzen. Einige bezahlen eine Gebühr von 50 Rand (2.40 Franken) pro Tag, um Parkplätze bewachen zu dürfen. Statt einen Lohn zu erhalten, müssen sie für die Nutzung von Mütze und Jacke bezahlen, die sie als Autobewacher*innen ausweist. Ihre Einnahmen sind einzig die Trinkgelder der Kund*innen.

Viele sind auch als Kurier*innen tätig, zum Beispiel bei Dash, Uber Eats oder Mr Delivery. Sie werden pro Fahrt bezahlt und müssen oft massiv Überstunden leisten, um davon leben zu können. Sie erhalten keine Motorradausbildung, keine Schutzausrüstung, keine Mobiltelefone. Weil sie als Selbständige gelten, fallen sie nicht unter das Arbeitsrecht – ihnen kann jederzeit gekündigt werden, und sie haben keinen Anspruch auf gesetzliche Leistungen, geregelte Arbeitszeiten oder die Bezahlung der Überstunden. Die Arbeitgebenden wälzen auch hohe Kosten für die Wartung der Flotte, Benzin und Versicherung auf die Fahrer*innen ab.

Einwanderungsgesetz hebt Arbeitsrechte aus

Zwar wurden 1995 die Arbeitsrechte – etwa gewerkschaftliche Organisation, Mindestlohn, Arbeitslosenversicherung und Entschädigung bei arbeitsbedingten Unfällen und Krankheiten – auf die geschätzt 2,9 Millionen Arbeitsmigrant*innen ausgeweitet. Viele haben jedoch keine Bewilligung, und die Arbeitgebenden nutzen ihre rechtlose Situation aus. Wer sich an die Behörden wendet, riskiert Verhaftung und Abschiebung. «Wenn wir für unsere Rechte eintreten, laufen wir Gefahr, entlassen und vertrieben zu werden», erzählt Mauricio Siteo. «Die Gewerkschaften setzen sich nicht für uns ein, einzig CWAO hilft uns mit kostenloser Rechtsberatung und Treffpunkten.»

So werden die verbrieften Arbeitsrechte durch das Einwanderungsgesetz ausgehebelt, und die zunehmende Fremdenfeindlichkeit droht die Situation noch zu verschlimmern. Die zentrale Rolle der Arbeitsmigrant*innen aus den umliegenden Ländern beim Aufbau der südafrikanischen Wirtschaft scheint längst vergessen zu sein. ●

Cyberscamming: keine Anerkennung für die Opfer

Menschenhandel zwecks Onlinebetrugs. Eine neue Form von moderner Sklaverei hat in den letzten Jahren vor allem in Südostasien stark zugenommen.

Text: Katja Schurter, Redaktorin

«Die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität entwickelt sich schneller als je zuvor», sagt Rebecca Miller vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), die sich seit gut zwei Jahren intensiv mit Onlinescamming beschäftigt. Die Betroffenen werden mit falschen Versprechungen rekrutiert und dann auf Firmenarealen eingesperrt, wo sie zum Beispiel mittels gefälschter Identitäten persönliche Informationen wie Passwörter, Bankdaten oder Kreditkarten-Informationen beschaffen müssen. «Mit dieser Form des Menschenhandels werden Milliardenprofite gemacht», sagt Miller. So haben Recherchen von UNODC ergeben, dass die Scamindustrie in einzelnen Ländern der Mekong-Region zwischen 7,5 und 12,5 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet, was der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Landes entspricht.

Hotspot Kambodscha

In Kambodscha wurden nach Schätzung der Uno allein im Jahr 2023 mehr als 100'000 Zwangsarbeiter*innen in Scamfabriken festgehalten. Die Rekrutierung läuft online: «Es werden Jobangebote auf Facebook oder Instagram geschaltet, die aussehen wie die von Online-Verkaufsagenturen oder Versicherungen», erzählt Brandy York, die als unabhängige Beraterin für die Solidar-Partnerorganisation Central in Kambodscha arbeitet. «Die Leute bewerben sich, Reise, Visa, Unterkunft etc. wird für sie arrangiert, und sie werden direkt aufs Areal gebracht.» Manche vermuten wohl, dass es sich um eine Tätigkeit im Graubereich handeln könnte, aber es ist ihnen nicht klar, dass sie ihre Bewegungsfreiheit verlieren werden: «Sie erfahren erst bei der Ankunft, was sie konkret tun müssen», fährt die Rechercheurin fort. «Ihnen wird der Pass weggenommen, sie werden eingesperrt und bewacht. Wenn sie sich weigern oder ihre Quoten nicht erfüllen, werden sie geschlagen oder sogar gefoltert.»

Verschuldet und misshandelt

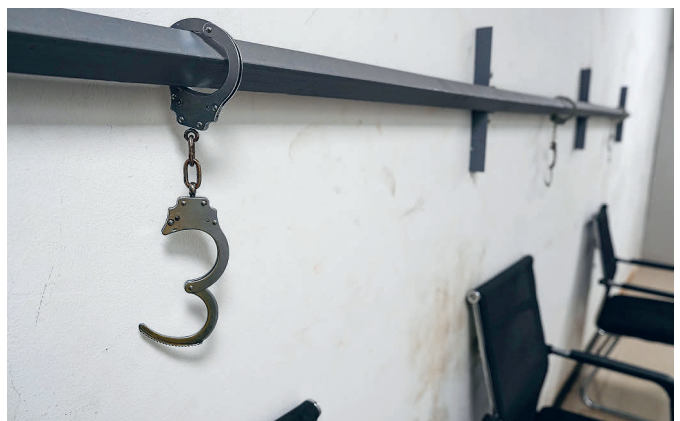
Die Betroffenen können sich auch deswegen nicht entziehen, weil sie sich für die Reise meist verschuldet haben. Viele haben eine höhere Ausbildung und sehen die vermeintliche Anstellung als gute Gelegenheit, weil sie im eigenen Land keine Jobangebote haben. «Gemeinsam ist allen, dass sie Geld brauchen. Die Mehrheit sind junge Männer. Denn für Frauen ist es oft schwieriger, ihr Land zu verlassen. Sie machen eher Online-Sexarbeit», weiss York aus Erfahrung. Viele kommen aus Indonesien, Myanmar, Thailand, Indien oder China, aber auch aus Kenia oder Äthiopien. Fehlende Aufenthalts-

und Arbeitsbewilligungen erschweren es ihnen zusätzlich, sich zu wehren. Manchmal können sich die Opfer freikaufen, «aber das heisst neue Schulden und mehr Profit für die kriminellen Gruppen», sagt Rebecca Miller.

«Wenn Angehörige NGOs kontaktieren, benachrichtigen diese die Trafficking-Polizei, damit sie die Opfer aus dem Fabrikgelände befreit. Doch die Polizei holt nur die eine Person auf der Liste raus; weder wird die Fabrik geschlossen noch werden die Betreibenden angezeigt», erklärt Brandy York. Häufig kommen die Befreiten dann wegen Verstosses gegen die Migrationsgesetze ins Gefängnis, denn sie werden kaum als Opfer anerkannt. Unterstützung erhalten sie nur von NGOs, die ihnen rechtliche und psychologische Beratung, kurzfristige Unterkunft und Hilfe bei der Heimkehr anbieten.

Korruption verhindert Massnahmen

Zur Prävention braucht es unter anderem Sensibilisierungskampagnen in den Herkunftsländern, wobei die Medien eine Schlüsselrolle spielen. In vielen Ländern verhindert die Korruption ein entschlossenes Vorgehen, deshalb hat UNODC in Südostasien 2024 ein Netzwerk von sieben Ländern etabliert, um die Bekämpfung von transnationaler Kriminalität besser zu koordinieren. Doch Rebecca Miller sieht auch die Zielländer der Cyberkriminalität wie Europa oder die USA in der Pflicht, zum Beispiel, indem sie die Rolle der Banken aufdecken. «Ich habe in meinem 25-jährigen Berufsleben noch nie eine solche Brutalität gesehen», sagt Rebecca Miller zum Schluss des Gesprächs. «Betrug ist nichts Neues, aber der Menschenhandel, die Anzahl Betroffener, die Folter, das Blut an den Wänden – es ist absolut schockierend.» ●



Wer die Quoten nicht erfüllt, wird häufig gefoltert: Arbeitsplätze in einer geräumten Scamfabrik auf den Philippinen.

Moderne Sklaverei in Ziegelfabriken

Kein Mindestlohn, keine Krankenversicherung und Schulden bei den Arbeitgebenden: In Kambodscha sind Tausende Frauen, Männer und Kinder Schuldknechtschaft in der Ziegelindustrie ausgesetzt.

Text: Sammedy Seng, Projektkoordinator Kambodscha

Ke Rin ist vor mehr als 20 Jahren mit ihrer Familie der ländlichen Armut entflohen. Für den Umzug verschuldete sie sich beim Besitzer einer Ziegelbrennerei, der ihr Arbeit versprochen hatte. Seither arbeitet die ganze Familie für diesen Mann und lebt in einer maroden Unterkunft, die er zur Verfügung stellt. Die Kinder von Ke Rin haben nie die Schule besucht, und wegen der Verschuldung, die sich über Generationen weitervererbt, können sie die Ziegelfabrik nicht verlassen. Denn die Löhne sind zu tief, als dass die Familie ihre Schulden je hätte abzahlen können.

Mächtige Interessen

Diese Form der modernen Sklaverei hält sich in Kambodscha hartnäckig, denn viele Ziegeleibetreiber sind hohe Beamte der Regierung. Sie versuchen, die Arbeit der Gewerkschaft BWTUC zu hintertreiben, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Ziegelarbeiter*innen einsetzt. Letztes Jahr wurde die Solidar-Partnerorganisation in der Ziegelfabrik Yeat Lai daran gehindert, das Areal überhaupt zu betreten. Über eine Arbeiterin gelang der Kontakt trotzdem, und die Angestellten begannen sich am Essensstand zu treffen, um über lange Arbeitszeiten, fehlende Freitage, schmutzige Toiletten, tiefe Löhne und Schuldentilgung zu sprechen.

Um Kosten zu sparen, befeuern die Ziegeleien ihre Brennöfen trotz Verbot mit Kleidungsabfällen.

Viele Arbeiter*innen, ihre Familien und Anwohner*innen leiden wegen der massiven Luftverschmutzung unter Atemwegserkrankungen. Denn um Kosten zu sparen, befeuern



Ke Rinn bei der Arbeit in der Ziegelfabrik, die sie und ihre Familie wegen der Schulden beim Arbeitgeber nicht verlassen können.

die Ziegeleien ihre Brennöfen trotz Verbot mit Abfällen aus der Kleidungsherstellung. Daran haben auch die Textilfabriken ein Interesse, die ihre grossen Mengen an Produktionsabfällen so billig entsorgen können. Gleichzeitig haben viele Arbeiter*innen und ihre Familien keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Denn obwohl die Arbeitgebenden verpflichtet sind, ihre Angestellten für die Krankenversicherung bei der nationalen Sozialversicherungskasse anzumelden, tut das fast die Hälfte nicht.

Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit

Mit Unterstützung der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA schult die BWTUC die Arbeiter*innen, damit sie mit den Arbeitgebenden über die Senkung der Schuldzinsen verhandeln können. Sie setzt sich auch dafür ein, dass die Regierung Kinderarbeit, Arbeitsschutz und Schuldknechtschaft angeht und Arbeitgeber*innen bestraft, die ihre Angestellten nicht krankenversichern.

Als der Besitzer von Yeat Lai von der gewerkschaftlichen Organisation erfuhr, drohte er mit Entlassungen und Zwangsschuldentilgung. Trotz Angst vor Repressalien gründeten die Arbeiter*innen eine Gewerkschaft. Bis anhin wurde niemand entlassen. ●

«Gib niemandem deinen Pass»

Wir wollten von Olga Dunebabina von La Strada Ukraine wissen, warum Geflüchtete speziell gefährdet sind, Opfer von Menschenhandel zu werden.

Interview: Katja Schurter, Redaktorin



Olga Dunebabina
Kommunikationsmanagerin
La Strada Ukraine

La Strada setzt sich für die Prävention von Menschenhandel und den Schutz der Opfer ein. Was sind die spezifischen Risiken für Menschen, die flüchten müssen, zum Beispiel aus der Ukraine?

Im ersten Jahr nach dem Beginn des russischen Angriffs 2022 war die Gefahr gross. Viele Menschen gingen nach Polen, Rumänien, Ungarn und in andere osteuropäische Länder – vor allem Frauen und Kinder, denn Männer dürfen das Land nicht verlassen – und drohten Opfer von Menschenhandel zu werden. Laut einem Bericht von La Strada International gab es 42 Verurteilungen wegen Menschenhandels mit ukrainischen Geflüchteten. Hinter diesen Gerichtsurteilen steht ein Vielfaches an Fällen, denn Menschenhandel ist schwierig zu beweisen. Aktuell geht es mehr um ausbeuterische Arbeitsverhältnisse als um Menschenhandel.

Wie zeigt sich das?

Viele Frauen möchten ins Ausland, weil sie dringend Geld brauchen, und laufen Gefahr, in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zu landen. Sie bewerben sich auf Onlineinserate auf Facebook, Instagram etc., deren Echtheit schwer zu verifizieren ist. Bei der Ankunft sind sie manchmal damit konfrontiert, dass sexuelle Dienstleistungen von ihnen erwartet werden. Das Hauptproblem ist jedoch, dass die Arbeitsbedingungen anders sind als angekündigt: Sie müssen zum Beispiel zwölf Stunden am Tag zu einem miserablen Lohn arbeiten. Vor allem Geflüchtete aus den besetzten Gebieten können solche Stellen jedoch

«Das Hauptproblem ist, dass die Arbeitsbedingungen nicht den angekündigten entsprechen.»

nicht einfach verlassen, weil sie nirgendwohin zurückkehren können.

Können sie nicht Asyl beantragen?

Doch, aber nicht alle wissen das. Oder sie befürchten, dass die Empfangsländer sie ausschaffen. Die Situation der Männer ist noch schwieriger; da sie nicht aus dem Land ausreisen dürften, sind sie per se illegal. Sie getrauen sich nicht, auf die ukrainische Botschaft zu gehen, da sie befürchten, zurückgeschafft zu werden.

Welche Massnahmen gegen Menschenhandel und ausbeuterische Arbeitsbedingungen braucht es?

La Strada bietet rund um die Uhr eine Hotline für Betroffene an. Wir informieren und setzen uns dafür ein, dass das aktuelle Gesetz zur Bekämpfung von Menschenhandel in der Ukraine um Artikel zu Onlinetrafficking ergänzt wird. Denn wenn heute eine Plattform blockiert wird, entstehen einfach fünf neue. Aber es braucht auch staatliche soziale Dienstleistungen und Arbeitsmöglichkeiten sowie öffentliche Kampagnen zu den Risiken. In Zusammenarbeit mit dem Grenzschutz konnten wir kleine Plakate aufhängen, auf denen zum Beispiel steht: «Gib niemandem deinen Pass.» Das hat Wirkung, denn die Wartenden lesen die Aushänge nur schon aus Langeweile. Ausserdem müssen die Regierungen mit zivilgesellschaftlichen und internationalen Organisationen zusammenarbeiten, in der Ukraine wie anderswo.

Welche Wirkung hat das Empowerment von Frauen, wie es die Partner*innen von Solidar Suisse in der Ukraine mit Beratung und finanzieller Unterstützung fördern?

Das ist ebenfalls wichtig, um Menschenhandel und andere Formen von (geschlechterspezifischer) Gewalt zu verhindern. Davon profitieren nicht nur Frauen, sondern die ganze Gesellschaft.

Und was sollten Länder wie die Schweiz, die Geflüchtete aufnehmen, tun?

Es braucht mehr medizinische, psychologische und soziale Unterstützung. Aber auch die Strafverfolgung der Täter ist sehr wichtig. ●

Mit Ihrem Erbe Gutes bewirken

Haben Sie schon darüber nachgedacht, einer gemeinnützigen Organisation etwas von Ihrem Erbe zu hinterlassen? Damit können Sie sich über Ihr Leben hinaus für das einsetzen, was Ihnen wichtig ist.

Text: Amélie Ardaya und Paula Hromkovicova,
Betreuung Nachlässe

Der Tod bedeutet nicht das Ende von allem. Mit einem einfachen Testament können Sie etwas von Ihrem Besitz einer NGO vererben und so Werte weitergeben und Anliegen fördern, die Ihnen am Herzen liegen.

Ein Erbe, das Perspektiven schafft

Ein Vermächtnis an eine gemeinnützige Organisation ist in Form einer Erbschaft oder eines Legats möglich, zeugt von Ihrem lebenslangen Engagement und inspiriert andere, Ihrem Beispiel zu folgen. So können Sie dafür sorgen, dass Ihr Vermögen sinnvoll eingesetzt wird und einem guten Zweck dient. Zum Beispiel bei Solidar Suisse, wo Ihre Unterstützung den Kampf gegen Ungerechtigkeit und Ungleichheit voranbringt und solidarische Strukturen fördert. Sie können die Prävention von Gewalt gegen Frauen und die Beratung von Betroffenen in Lateinamerika unterstützen oder es jungen Menschen in Moçambique ermöglichen, eine Berufsausbildung abzuschliessen und sich mit der Gründung eines kleinen Unternehmens Perspektiven zu eröffnen. Oder Sie tragen dazu bei, dass im Kosovo junge Menschen ermutigt werden, sich für positive Veränderungen in ihren Gemeinden und Dörfern einzusetzen und sich aktiv an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie Hunderte von Menschen von Ihrem Erbe profitieren können.

Mehr Spielraum durch neues Erbrecht

Aber wie funktioniert das konkret? Bei einer Erbschaft erhält eine NGO einen prozentualen Anteil oder das gesamte Vermögen, bei einem Legat geht ein bestimmter Betrag an die Organisation. Beides halten Sie in Ihrem Testament fest, das Sie jederzeit ändern oder aufheben können.

Dabei müssen Sie den Anteil Ihrer gesetzlichen Erb*innen berücksichtigen, der sich mit der jüngsten Überarbeitung des Erbrechts verändert hat. Die Pflichtteile wurden reduziert, was Ihnen die Möglichkeit gibt, über einen grösseren Teil Ihres Nachlasses frei zu entscheiden. So haben die Kinder – bzw. wenn diese bereits gestorben sind, die Enkelkinder – nun



Absolventinnen des Berufsausbildungsinstituts Meu Futuro in Chimoio, Moçambique, beim Spiel in der Pause.

Anspruch auf die Hälfte des gesetzlichen Erbteils. Zuvor betrug ihr Pflichtteil drei Viertel. Ehegatt*innen und eingetragene Partner*innen erhalten unverändert die Hälfte des Erbes, der Pflichtteil für die Eltern wurde abgeschafft. So kann nun über die Hälfte des Nachlasses im Testament frei verfügt werden; früher waren es drei Achtel.

Insgesamt erweitert das neue Erbrecht Ihren Handlungsspielraum. Es ist nun leichter, neben den anspruchsberechtigten Familienangehörigen Erb*innen Ihrer Wahl zu berücksichtigen, zum Beispiel wenn Sie im Konkubinat leben, Freund*innen oder Organisationen wie Solidar Suisse begünstigen möchten. Wenn jedoch ein Testament oder Erbvertrag fehlt, gilt weiterhin die gesetzliche Erbfolge.

Wenn wir Ihre Neugierde geweckt haben und Sie weitere Informationen wünschen, melden Sie sich gerne bei uns, besuchen Sie unsere Website oder lesen Sie unsere Broschüre über Erbschaften und Legate! ●

Wie verfasse ich ein Testament?

Paula Hromkovicova ist bei Solidar Suisse die Ansprechperson für Fragen zu Erbschaften und Legaten. Sie vermittelt auch gerne unabhängige Expert*innen zum Thema.

Kontaktieren Sie sie unter paula.hromkovicova@solidar.ch oder 044 444 19 38.



Broschüre zum Thema
Download PDF



Solidarisch von einem Kontinent zum anderen

Die 33-jährige Amélie Ardaya knüpft Beziehungen zwischen der Schweiz und Bolivien. Seit Anfang Jahr auch für Solidar Suisse.

Text: Sylvie Arnanda, Kommunikation Westschweiz

Ihren ersten Einsatz hatte Amélie Ardaya, unsere neue Mitarbeiterin für das Stiftungsfundraising und Nachlässe in der Westschweiz, nicht in Lausanne, sondern in Bolivien. Diese zwei Welten hat sie schon immer in sich verbunden. In Bolivien geboren, kam sie mit zwölf Jahren in die Schweiz. «Das hat mein Leben geprägt: ein armes Land mit viel

Unsicherheit und ein sehr reiches Land, in dem Unsicherheit weniger sichtbar ist», sagt sie. Diese Erfahrung hat ihr Interesse für Ungleichheit und Umweltthemen geweckt. So studierte sie Entwicklung und Umwelt an der Universität Lausanne mit dem Ziel, sich für Solidarität in der Schweiz und in Bolivien einzusetzen.

Vom Fundraising zur Projektarbeit

Nach Abschluss ihres Studiums arbeitete Amélie Ardaya bei Schweizer NGOs im Fundraising. Ihr lagen vor allem Projekte am Herzen, die langfristig Menschen unterstützen, die von Armut oder Krisen betroffen sind. Sie liebt es, sich in die Grundlagen zu vertiefen: «Sie vermitteln mir die Realität vor Ort, die Ansätze, die Aktivitäten – und die Herausforderungen. Es ist eine andere Art, in ein Projekt einzusteigen und die Arbeit einer Organisation hautnah mitzuerleben», sagt sie voller Elan. Ausgestattet mit soliden Kenntnissen und ihren Ersparnissen, verwirklicht Amélie Ardaya 2023 ihr Ziel, in Bolivien tätig zu sein: Sie kehrt zu ihrer Familie nach La Paz zurück und erhält Arbeitsverträge bei zwei Organisationen, die sich für die Rechte von Frauen und LGBTIQ+ einsetzen. Hier beteiligt sie sich nun in direktem Kontakt mit der Bevölkerung an der Umsetzung von Projekten. Als sie sich bei Solidar Suisse bewirbt, sind ihre beiden Verträge kurz davor, auszulaufen.

Zwischen zwei Kontinenten

«Ich hatte vor Ort bereits von den Aktivitäten von Solidar Suisse in Bolivien gehört und schätzte das kämpferische Engagement gegen die Ausbeutung von Arbeiter*innen und für die Mitbestimmung von allen. Darin unterscheidet sich Solidar Suisse von anderen Organisationen in diesem Bereich», erklärt Amélie Ardaya. Bevor sie im März die Arbeit in unserem Lausanner Büro aufnahm, wurde der Einblick in die konkrete Arbeit von Solidar Teil ihres bolivianischen Alltags. «Ich lernte die Kolleg*innen von Solidar Suiza in La Paz kennen. Toll war auch, dass ich Solidar-Projekte besuchen und mit Teilnehmer*innen über ihre Erfahrungen sprechen konnte.»

Bei der Ankunft in der Schweiz ist sie noch erfüllt von diesen Erfahrungen und der bolivianischen Realität: «In La Paz war ich abends bei der Wahl des Taxis sehr vorsichtig. Meine Freund*innen und ich schickten uns jeweils eine Nachricht, wenn wir zu Hause angekommen waren. Ich hatte immer einen Alarm und mein Schweizer Taschenmesser dabei für den Fall der Fälle. Ich

habe keine negativen Erfahrungen gemacht, aber ich musste immer wachsam sein», erzählt sie. Dies vermittelt nur eine Ahnung von der Realität der Frauen in Bolivien. Der Kampf gegen die weitverbreitete Gewalt an Frauen, die sich meist im privaten Raum abspielt, ist denn auch ein Schwerpunkt der Arbeit von Solidar Suisse.

Sich nicht entmutigen lassen

Eine Arbeit, die in der Schweiz wie in Bolivien zurzeit nicht einfach ist. «Wir leben in komplizierten und beängstigenden Zeiten», findet Amélie Ardaya. «Die NGOs sind mit immer weniger Geld und steigenden Bedürfnissen konfrontiert.» Doch von Herausforderungen lässt sie sich nicht aus der Ruhe bringen und freut sich an den kleinen Erfolgen: Wenn sie eine Stiftung von

Projekten überzeugen kann oder es ihr gelingt, zur Enttabuisierung des Themas Erbschaften beizutragen: «Ein Legat ist eine Geste über das eigene Leben hinaus, die Sinn macht und bei Tausenden von Menschen etwas bewirken kann, vor allem in unruhigen Zeiten», ist sie überzeugt.

Das Engagement bei Solidar Suisse ist für Amélie Ardaya ein Schritt zur Verwirklichung ihrer Zukunftsvisionen: «Ich wünsche mir, dass wir die

Umwelt schützen und Ungleichheit beseitigen, dass wir solidarischer sind und uns auf das Wesentliche besinnen. Ich frage mich immer wieder, warum das Ende der Armut nicht für alle eine Priorität ist.» Dabei ist ihr nicht nur ihre Arbeit und der Austausch wichtig, Entspannung findet sie auch in der Kunst. Sei es beim Linolschnitt, beim Zeichnen oder dem Sammeln von verschiedensten grafischen Bildern. Willkommen in unserem Team, Amélie! ●

«Ich frage mich, warum das Ende der Armut nicht für alle eine Priorität ist.»



Dominic Deville

Der Satiriker, Schauspieler und Punkmusiker kommentiert in jeder zweiten Soli das Zeitgeschehen.

Himbeeren im Weltall

Wussten Sie, dass das Logo des Chupa-Chup-Lollipops von Salvador Dalí entworfen wurde? Oder dass Pferde nicht kotzen können? Ich liebe Funfacts. Also jene kleinen Tatsachen, die einem dieselbe Aufmerksamkeit zukommen lassen wie jener Person, die gerade an der Afterworkparty alle mit einem Kurzvortrag über die Sonnengranulation zum Staunen gebracht hat. Nur ohne dass Sie je einen Fuss in eine Universität setzen mussten. By the way: Die Milchstrasse schmeckt nach Himbeeren. Hätten Sie das geahnt? Funfacts lassen einen innehalten und etwas spüren, von dem wir glaubten, es schon lange verlernt zu haben. Das Staunen. Deswegen bleiben sie so gut in Erinnerung. Als Satiriker kann ich es mir jedoch nicht leisten, nur Fun zu verbreiten. Die Umkehrung ist mein Geschäft. Ich mache auf Dinge aufmerksam, die jede*n mit nur einem Funken Solidarität und Gespür für Gerechtigkeit zum Kopfschütteln bringen. Zum Beispiel darauf, dass 50 Millionen Menschen in Sklaverei leben. Unser Gehirn aber neigt leider dazu, unangenehme Informationen zu verdrängen, um diese dann mit schöneren Erinnerungen zu ersetzen (haben Sie auch gerade so richtig Lust auf Himbeeren?). Ich muss sie also auf absurde und unterhaltende Weise verknüpfen. Deswegen habe ich «Not-so-fun-facts» entwickelt: einfach zu merkende Tatsachen, die nicht nur zum Staunen animieren sollen, sondern vor allem dazu, sie zu ändern. Indem man sie sich und seinen Mitmenschen öfters ins Bewusstsein ruft. Haben Sie also gewusst, dass in der Zeit, die Sie brauchen, um einen Chupa Chup zu lutschen, geschätzt 60 Menschen in Sklaverei geraten? Dass es mehr versklavte Menschen als Pferde gibt? Und sich moderne Sklaverei auch bei uns in der Schweiz zeigt? Meistens in Form von: Himbeeren. Und jetzt ab an die nächste Afterworkparty!

1993



Ein Gesetz für Hausangestellte

In Bolivien hat Solidar Suisse die 1993 gegründete Gewerkschaft der Hausangestellten FENATRAHOB unterstützt, die 2003 ein Gesetz für Hausangestellte erkämpfte. Vorher arbeiteten Hausangestellte wie Leocadia Paz 12 bis 13 Stunden pro Tag, erhielten dafür häufig nur Kost und Logis oder einen sehr schlechten Lohn, aber keine Sozialleistungen oder bezahlte Ferien. Das Gesetz schreibt einen Mindestlohn und Arbeitstage von acht Stunden fest, was die Situation von Hausangestellten enorm verbessert hat.

Quiz zu moderner Sklaverei

1. Wie viele Menschen sind Opfer von moderner Sklaverei?

- ☐ F 2,4 Millionen
- ☐ S 49,6 Millionen
- ☐ L 165 Millionen

2. Wie viele Menschen sind von Zwangsheirat betroffen?

- ☐ J 3 Millionen
- ☐ F 15 Millionen
- ☐ K 22 Millionen

3. Wie viele Menschen arbeiten in Zwangsverhältnissen?

- ☐ L 27,6 Millionen
- ☐ E 33,5 Millionen
- ☐ B 87,4 Millionen

4. Wie viel Prozent der Zwangsarbeiter*innen sind Kinder?

- ☐ M 1 Prozent
- ☐ A 12 Prozent
- ☐ S 35 Prozent

5. Wie viel höher ist das Risiko für Migrant*innen, in Zwangsarbeitsverhältnisse zu geraten?

- ☐ R gleich hoch
- ☐ T doppelt so hoch
- ☐ V dreimal so hoch

6. Wie viele Milliarden Dollar illegaler Profite werden jährlich mit Zwangsarbeit erwirtschaftet?

- ☐ Q 45 Milliarden
- ☐ S 124 Milliarden
- ☐ E 236 Milliarden

7. Wie viel Prozent der Zwangsarbeiter*innen sind Frauen und Mädchen?

- ☐ T 23,1 Prozent
- ☐ R 39,4 Prozent
- ☐ Z 53,6 Prozent

8. Wie viele Menschen in Afrika sind von Zwangsarbeit betroffen?

- ☐ E 3,8 Millionen
- ☐ G 8,7 Millionen
- ☐ N 14,9 Millionen

9. Wie viel Prozent der Zwangsarbeiter*innen leben in der Asien-Pazifik-Region?

- ☐ Y 23 Prozent
- ☐ C 35 Prozent
- ☐ I 55 Prozent

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Quiz». Oder machen Sie das Quiz online:



solidar.ch/quiz

- 1. Preis** Gutschein für ein Wochenende zu zweit im Hotel Medelina in Curaglia
- 2. Preis** Ein WOZ-Jahresabo
- 3. Preis** Eine Tasche im Solidar-Design

Einsendeschluss ist der 15. Juni 2025. Die Namen der Gewinner*innen werden in der Soli 3/2025 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Das Lösungswort des Rätsels in Soli 1/2025 lautete «Jetzt handeln». Susanne Flück aus Rhäzuns hat ein Shampoo, Caroline Spertini aus Epalinges eine Gesichtsschmierung und Georg Studer aus Zug eine Seife von Bartgawwasu gewonnen.

Impressum

Herausgeberin

Solidar Suisse
Quellenstrasse 31
8005 Zürich
Tel. 044 444 19 19
kontakt@solidar.ch, solidar.ch
IBAN CH67 0900 0000 8000 0188 1
Mitglied des europäischen
Netzwerks Solidar

Redaktion

Katja Schurter (verantwortliche
Redaktorin), Christian von Allmen,
Benjamin Gross, Sylvie Arnanda,
Cyrill Rogger

Layout

notice.design

Übersetzungen

Katja Schurter, alingui

Korrektur

Jeannine Horni, Valérie Knechciak

Druck und Versand

Mattenbach AG

Papier

Holmen Trend 2.0, ISO 14001
und FSC zertifiziert

Auflage

37'000 (erscheint vierteljährlich)
Der Abonnementspreis ist im
Mitgliederbeitrag inbegriffen
(Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–,
Organisationen mindestens Fr. 250.–
pro Jahr).

Rückseite

Kämpfen Sie mit uns gegen Ungleich-
heit. Visual: Spinas Civil Voices



**Ihre Spende
in guten Händen.**

SLA LW

**Zwangs
arbeit**

**Bekämpfen Sie die
weltweite Ungleichheit
mit uns: solidar.ch**

**so!idar
suisse**